

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 36.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.
Schäftsnummer pro 8gespaltene Seite oder deren
Raum 25, für Bahnt. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 7. September 1907.

Verlag: A. Dohrborg, Hannover, Münzstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
F. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von C. A. S. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der 36. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen

bestehen in Hamburg, Hochspeyer und Gartha.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in
Meißen, Dampfertheim und Kiel.

Zugung nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Eine wichtige Frage.

Eine für die gewerkschaftliche Weiterentwicklung und damit für das materielle und geistige Wohl der Arbeiterschaft hochbedeutende Angelegenheit ist zurzeit in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion gerückt. Es ist die Frage des Landtagswahlrechts.

Um die Wichtigkeit dieser Frage für die gewerkschaftliche Bewegung darzutun, ist nur notwendig, darauf hinzuweisen, daß der Landtag dasjenige Parlament ist, welches bisher allen Kulturforderungen zum Hohne die Ausnahmebestimmungen gegen die Landarbeiter hartnäckig verteidigt, die Gefährdung aufrecht erhält, dem die Vergewaltigung untersteht und das über die Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben bestimmt und trotz des bestehenden Koalitionsrechtes allen Staatslohnsondern dieses Recht verwehrt. Das Urteil darf man nach den gemachten Erfahrungen fällen: der preussische Landtag, in seiner bisherigen Zusammensetzung, läßt eine mit den anderen Organisationen gleichwertige Organisation für Landarbeiter und Gesinde nicht aufkommen, an dem reaktionären Wahl dieser Institution finden alle Kulturwellen den stärksten, erbittertsten Widerstand.

Für einen großen Teil der proletarischen Bevölkerung verhindert der Landtag die gewerkschaftliche Weiterentwicklung, und die reaktionäre Herrschaft im Landtag ist gesichert, so lange das preussische Dreiklassenwahlrecht besteht. Aus diesem Grunde ist die Wahlrechtsfrage für die Gewerkschaftswelt von eminenter Bedeutung. Der Selbsterhaltungstrieb zwingt die Gewerkschaften dazu, im Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht nicht passiv beiseite zu stehen, in diesen Kampf aktiv einzugreifen, bei dem Sturm gegen das Bollwerk der Reaktion in der Vorhut zu marschieren. Die unerläßliche Notwendigkeit eines solchen Kampfes haben ja sogar die christlichen Gewerkschaften eingesehen. Besonders die Bergarbeiter hatten schon wiederholt Gelegenheit, die Geißel der preussischen Vergewaltigung zu kosten. Darüber kann kein Zweifel sein: das preussische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit hat das Dreiklassenwahlrecht satt! Und es kann weiter keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn die parlamentarischen Vertreter der proletarischen Wähler ihre Schuldigkeit getan hätten, in den Wall der preussischen Reaktion schon längst Lücken gerissen worden wären. Doch wollen wir uns jetzt nicht in historischen Reminiscenzen ergehen, sondern kurz untersuchen, welche Aufgaben sich jetzt eröffnen und was zu tun ist.

Bei der letzten Reichstagswahl haben Regierung und sämtliche bürgerlichen Parteien behauptet, die Sozialdemokratie sei das größte Hindernis für sozialen Fortschritt. Der konservativ-liberale Block hat seine soziale Fruchtbarkeit bisher dadurch bewiesen, daß er mit seiner Mehrheit auch noch nicht das Allgeringste für die Arbeiterschaft geleistet hat. Aber man mußte und wollte doch zeigen, daß wenigstens der gute Wille vorhanden war, des Volkes Interessen zu fördern. Anfang Januar brachten die Freisinnigen im Landtag einen Antrag ein, der eine Reform des Landtagswahlrechts forderte. Und die allzeit zur Beschwindelung der Masse bereite Zentrumspartei äßte schleunigst nach. Ueber 30 Jahre lang hatte diese „Volkspartei“ nichts zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts getan. Ja, das Zentrum wie auch die liberalen Parteien hatten der vorjährigen Wahlrechtsbewegung nach Möglichkeit Steine in den Weg gerollt. Zunächst benutzte man die Bewegung als einen Versuch, die offene Revolution herbeizuführen, nachher spottete man über die Volksbewegung — die nur eine Komödie gewesen sei.

Der in der damaligen Bewegung zutage getretene Volkswille war aber doch stark genug, eine Unterströmung auszulösen; die ständige das Fundament des Landtages umspülte. Regierung und bürgerliche Parteien konnten sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß das bestehende Landtagswahlrecht nicht lange mehr zu halten sei, aber Wesentliches zu opfern von den Privilegien der Junker, Industriekönige und der Selbstsüde, war man nicht geneigt; durch einige Scheinlonzessionen sollte das Volk abertölpelt und beschwichtigt werden. Nun war es Zeit, die liberalen Parteien und das Zentrum zu zwingen, offen Farbe zu bekennen, ob man entschlossen sei, nun endlich den Kampf für ein besseres Wahlrecht aufzunehmen, oder ob man an dem Betrage, das Volk mit einigen Scheinlonzessionen abzupfeifen, sich beteiligen wolle. Dem „Vorwärts“ gelang es denn auch, den Freisinnigen

alle Ausfluchtstüren zu vernageln und die führenden Persönlichkeiten und Organe legten sich auf die Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen fest. Nun lag die Entscheidung beim Zentrum. Erklärte sich dieses ebenso wie der Freisinn für ein entschiedenes Eintreten in die Bewegung zur Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, dann stand ein so überwiegend großer Teil des Volkes hinter dieser Forderung, daß die Widerstände zusammenbrechen mußten.

Das „demokratische“ Zentrum, das so vielfach als das kleinere Übel bewertet worden ist, zeigte sich nun also wieder im vollen Glanze seiner Demagogie, es blieb seiner Gewohnheit treu, verriet zugunsten seiner Fraktionsinteressen die Interessen seiner Wähler, die des gesamten arbeitenden Volkes. Obwohl die Fraktion im Januar einen Wahlreformantrag eingebracht hatte, erklärte die „Germania“, das Zentralorgan der Zentrumspartei, jetzt mit frechem Hohn, das Zentrum habe kein großes Interesse an einer Wahlrechtsänderung, es setze sich ja ganz gut bei dem Dreiklassenwahlrecht. In souveräner Verachtung der katholischen Arbeiter bemerkte das Blatt weiter, das Zentrum sei gar nicht mal eine begeisterte Anhängerin des allgemeinen und gleichen Wahlrechts des Reichstages. Aber das Zentrum bot sich der Reaktion nicht nur in dieser Weise als Schutz- und Hülfstruppe an, es präsentierte der Regierung auch gleichzeitig ein erweitertes Klottenprogramm, durch das dem Volke wieder mehrere hundert Millionen Mark neuer Lasten aufgebürdet werden sollten.

Diese Haltung des Zentrums greift in einschneidender Weise in die Lebensinteressen der Gewerkschaften ein. Vor allem sind es die Landarbeiter, die Berglohnkassen, die Staatsarbeiter und Unterbeamten und ferner noch die der Gefährdung unterstehenden Personen, deren Hoffnungen durch das Zentrum vernichtet, deren wirtschaftliches und kulturelles Vorwärtsschreiten erheblich gehemmt wird. Bisher hat das Zentrum sich immer darauf berufen, daß es im Landtage bei Vertretung von Arbeiterinteressen zu wenig Unterstützung durch andere Parteien gefunden habe, um mehr als das jeweilige Erlangte herauszuschlagen zu können. So hat es sich zum Beispiel auch noch nach der letzten Reform des Vergesetzes entschuldigt. Diese Reform brachte den Arbeitern nach den Aussprüchen christlicher Gewerkschaftsführer — Steine statt Brot! Aber man hat die Anschuldigung des Zentrums, es habe nicht mehr erreichen können, gelten lassen und vertrauensförmig gab man kurz darauf den Zentrumskandidaten wiederum die Stimme.

Angesichts der jetzigen Situation darf man wohl fragen: was werden die christlichen Gewerkschaftler nun tun? Werden sie schweigen zu dem offensündlichen Volksverrat, zu der Verleugung der gewerkschaftlichen Interessen durch das Zentrum? Hier heißt es klipp und klar Antwort geben. Für die Folge kann man das Zentrum nicht mehr entschuldigen mit der faulen Ausrede, es sei im Landtag zu schwach, um gegen konservative und Nationalliberale Arbeiterinteressen nach Gehör wahrnehmen zu können. Jetzt, wo zweifelsohne die Möglichkeit vorliegt, durch eine Wahlrechtsreform eine arbeiterfreundlichere Vertretung im Landtage herbeizuführen, versagt das Zentrum nicht nur die Mithilfe, es stellt sich offen auf die Seite der Wahlrechtsreformfeinde, der entragertesten Gewerkschaftsgegner, es kämpft für den Bestand des bestehenden Wahlrechts und damit für Erhaltung der der gewerkschaftlichen Weiterentwicklung in Preußen entgegenstehenden landesgesetzlichen Bestimmungen und der reaktionären Landtagsmehrheit. Das Zentrum will keine arbeiterfreundliche Mehrheit, um unter dem heuchlerischen Schein der Ernsthaftigkeit sich als volksfreundliche Partei aufspielen zu können. Die Partei vertritt Forderungen, weil sie weiß, daß die bezügl. Anträge doch abgelehnt werden und man vor die Arbeiter hintreten kann mit der Erklärung: Wir, die Arbeiterfreundlichen, waren zu schwach, um mehr zu erreichen! Für diese Politik des Volksbetruges sind die christlichen Gewerkschaftsführer mitverantwortlich, weil sie noch bei jeder Gelegenheit dem Zentrum den Rücken gekehrt haben. Trotzdem erheben sie Anspruch darauf, daß die christlichen Gewerkschaften als gleichberechtigte Organisationen anerkannt werden.

Machen sie nun die Verratspolitik des Zentrums mit, stellen sie sich nicht entschlossen auf die Seite der Wahlrechtskämpfer, nehmen sie nicht nachdrücklich Stellung gegen reaktionäre Handlangerdienste der „demokratischen Volkspartei“, dann bedarf es wahrlich nicht mehr des Nachweises, daß die christlichen Organisationen nicht nur nicht gleichberechtigt sind, dann ist vor aller Welt offenkundig, daß sie nur vorhanden sind, um die Zentrumsverratspolitik zu stützen, daß sie nur die Aufgabe haben, die Arbeiter von einer energiegelben und konsequenten Vertretung abzuhalten.

Die christlichen Gewerkschaften haben umso mehr Anlaß, in dieser Frage die Augen auf zu halten, weil der christliche Gewerkschaftsmantel bereits zu einem offenen, zu einem doppelten Verrat benutzt worden ist. Der sich als Vertretung der christlichen Organisationen ausgebende sogenannte „Nationale Arbeiter-Wahlrechtskampf“ wendet sich in einem Aufruf an die „deutschen nationalen Arbeiter“, um Propaganda zu machen für evangelische Arbeiterkandidaten! Mit dem konfessionellen

Bantappel will man die Arbeiter ködern. Ausdrücklich wird in dem Aufruf erklärt, zu der Frage der Wahlrechtsreform will man nicht prinzipiell Stellung nehmen. In solcher plumpen Weise hofft das Unternehmertum die Arbeiter abertölpeln zu können. Das muß sich doch jedes Kind sagen: zur Vertretung konfessioneller Interessen braucht man doch wahrlich keine speziellen Arbeiterkandidaten, da ist der Pastor ja viel eher am Platze. Arbeiterkandidaten sollen Arbeiterinteressen vertreten. So lange aber das Wahlrecht nicht geändert ist, werden im Landtage Arbeiterwünsche und Forderungen einfach ignoriert. Hunderte Male sind die Arbeiter von Junkern und Scharfmachern im Landtage frech verhöhnt und verspottet worden, da ist bewusster Verrat, wenn nun, wo die Aussicht vorhanden ist, durch einen energischen Vorstoß das arbeiterfeindliche, reaktionäre Landtagswahlrecht über den Haufen zu werfen, die Arbeiter verleitet werden sollen, auf eine prinzipielle Stellungnahme zu verzichten.

Ein Ausschuß der mächtigsten Scharfmacher könnte nicht frecher, nicht höhnvoller die Arbeiter oehandeln, als es in der Wahlrechtsfrage durch den „Nationalen Arbeiter-Wahlrechtskampf“ geschehen ist.

Wollen die christlichen Gewerkschaften sich nicht mitschuldig machen an der vom Zentrum und von den als Arbeiter-Wahlrechtskämpfer markierten Nationalliberalen inszenierten Verräterei unzweifelhaft wichtiger Gewerkschaftsinteressen, dann gibt es keine Wahl, dann müssen sie hinaus aus dem Winkel stillen Zuschauens, dann haben sie mit aller Macht für die Eroberung des allgemeinen, gleichen und gleichen Wahlrechts für Preußen einzutreten.

Wer in diesem Kampfe versagt, hat offenkundig Gewerkschaftsinteressen verraten. Darum, Kollegen, fordert die Christlichen heraus: Farbe sollen sie bekennen!

Der internationale Kongress in Stuttgart.

Eine eingehende Würdigung des Ergebnisses der Stuttgarter Woche finden unsere Mitglieder in den politischen Tageszeitungen. Die Aufgaben des Kongresses waren so zahlreiche, schwierige und vielseitige, daß der Raum unseres Blattes eine eingehende Schilderung der Behandlung und mehr oder weniger glücklichen Lösung aller dieser Aufgaben nicht gestattet. Wir können hier nur einige, für uns als Gewerkschaftler besonders wichtige Beschlüsse kurz registrieren.

Die Mailfeier stand zwar nicht auf der Tagesordnung des Kongresses, bildete aber einen wichtigen Beratungspunkt einer vorbereitenden Sitzung der deutschen Delegation. Hierzu wurde nach längerer Aussprache folgende Resolution angenommen:

Die deutsche Delegation zum internationalen Kongress in Stuttgart empfiehlt, die Feier des 1. Mai in der Form zu begehen, wie es in der Resolution des Mannheimer Parteitag niedergelegt ist.

Wo aber die Arbeitsruhe Maßregelung zur Folge hat, muß den wegen der Mailfeier durch Maßregelung geschädigten Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, auf die die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch erheben können. Zur Regelung ist die deutsche Delegation zum internationalen Kongress nicht kompetent. Sie erwartet jedoch vom nächsten deutschen Parteitag eine Regelung auf folgender Grundlage:

Die Unterstützung ist von der Partei und den Gewerkschaften zu tragen. Die Art, wie die Partei und die Gewerkschaften die dafür erforderlichen Mittel aufbringen, bleibt einer Verständigung der Instanzen der Partei und Gewerkschaften vorbehalten. Dabei ist festzulegen, von welchem Zeitpunkt ab und für welche Dauer die Unterstützung zu gewähren ist.

Nach Annahme dieser Resolution wurde vereinbart, nunmehr von deutscher Seite auf eine Verhandlung der Mailfeierfrage auf dem internationalen Kongress selbst zu verzichten.

Das Beste an dieser Resolution ist die Bestimmung, daß Partei und Gewerkschaften sich über die Ausbringung der Mittel verständigen sollen. Es ist nämlich nicht ausgeschlossen, daß bei dieser Verständigung auch einmal über den Rahmen der bloßen Geldbeschaffung und Verteilung hinausgegangen wird. Die Beibringung grundlegenden, einwandfreien Materials über die Zahl der Feiernden und der wegen Beteiligung Aussperrten, ihre Berufsangehörigkeit und ihre Lohnneubude, ferner die Beteiligung im Verhältnis zur Zahl der organisierten und der gesamten Berufsangehörigen usw., alles das sind Fragen, deren Klärung eine zutreffende Beurteilung des Wertes der Mailfeier erst ermöglichen. Diesen Fragen dürfte in Zukunft mehr Beachtung wie bisher geschenkt werden.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung: Partei und Gewerkschaften, wurde gegen 7 Stimmen eine Resolution angenommen, deren wichtigste Sätze wir nachstehend zum Abdruck bringen:

Zur vollständigen Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der geistigen, politischen und ökonomischen Knechtschaft ist der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse in gleichem Maße notwendig. Liegt die Aufgabe der sozialistischen Parteiorganisation vorwiegend auf dem Gebiete des politischen Kampfes des Proletariats

In der am 19. August stattgefundenen Aufsichtsrats-Sitzung der sächsischen Zigarettenfabrik...

Man ersieht hieraus, daß die Aktionäre trotz des Gießerer-Arbeiterkampfes und der Lohnbewegung im Herbst ein glänzendes Geschäft gemacht haben...

Durchweg guten Geschäftsgang hatten die Fabriken von Druck- und Schreibpapier in Dresden, Painsberg usw. Allgemein wird aber gesagt, daß die Verkaufspreise nicht in Einklang mit den wesentlich höheren Herstellungskosten zu bringen gewesen seien...

Von zwei Seidenpapierfabriken in Klingenberg und Copitz war die eine mit dem Geschäftsgang im abgelaufenen Jahre zufrieden, die andere hatte einen geringen Rückgang im Umsatze zu verzeichnen...

Hier fehlt's noch d'rd und traug aus! Löhne von 10, 12 und 13 Mark für überarbeitete Männer. Kein Versammlungstotal! Militärspreißebegeisterung mit Hunger im Magen! Sei! das freut den Fabrikanten!

Der Geschäftsgang in emaillierten Blechwaren war nach Berichten aus Deuben und Neustadt zufriedenstellend. Es konnte eine Preiserhöhung entsprechend den höheren Herstellungskosten durchgeführt werden...

Nicht ungünstig war die Lage der Zigaretten des Planenschen Grundes, da sich die meisten der dortigen Werke zu einer Verkaufsvereinbarung zusammengeschlossen haben...

Die Zigarettenfabrikanten sind wenigstens ehrlich und konstatieren, daß die Löhne unzureichend sind. Uebereinstimmend wird aus Dresden, Heinsberg und Pirna berichtet, daß die Geschäftslage in der Herstellung von Schmelzriegeln im allgemeinen günstig gewesen sei...

Das Geschäft in Steinholz, namentlich in der Bedienung von Steinholzschiffen, war im allgemeinen still. Der Absatz nahm gegen 1905 zu. Dagegen waren die Preise infolge des starken Wettbewerbs sehr gedrückt...

Für die Klüppelgesellschaft Schönebeck Glaswerke in Deuben war das Berichtsjahr unglücklich. Am Anfang des Jahres hatte das Werk unter den Folgen des vorjährigen Arbeiterstreikes und der Sperrung zu leiden...

Die Lage mehrerer Kalkwerke war unglücklich. Das Tharandter Kalkwerk wurde im Anfall im Kalkgeschäft durch starken Abgang in Leistungslage versetzt.

Die Verhandlungen, die man für die deutsche Mineralölindustrie wegen der Herabsetzung des Zölles für ausländisches Mineralöl von 10 auf 6 Mt. hegte, haben sich nach Berichten aus Deuben und Dresden nicht bekräftigt.

Die Befürchtungen der Arbeiter in bezug auf Erhöhung der Lebensmittelpreise infolge der Erhöhung der Löhne sind leider in vollem Umfange bekräftigt worden. Die Untersuchungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden haben eine ganz wesentliche Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel ergeben...

* Norms. Recht verbesserungsbedürftig sind die Arbeitsverhältnisse in den meisten hiesigen Fabriken. Der Mangel einer guten Organisation hat hier Zustände entstehen lassen, die fast vorwiegend schmerzhaft anmuten...

Die Arbeiter sind in der Regel sehr fleißig und haben sich in der letzten Zeit durch ihre elende Lage aufmerksam machen lassen. Sie haben sich zum größten Teil der Organisation angeschlossen und haben sich schon eine Erhöhung des Lohnes, Vergütung für Nacharbeit und Festsetzung des Anfangslohnes von 28 auf 30 Pf. erzielt...

Die Bilanz der Abrechnung vom 1. Quartal. Bilanz der Hauptkasse. Einnahme in den Zahlstellen. Ausgabe in den Zahlstellen. Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse. Gesamt-Einnahme.

Table with financial data: Von den Zahlstellen jubel eingehandt, Sonstige Einnahmen, Gesamt-Ausgabe, An Streit-Unterstützung, An Erwerbslosen-Unterstützung, etc.

Table with financial data: Bilanz, Gesamteinnahme, Gesamtausgabe, Bleibt Kassenbestand, Hannover, den 7. August 1907.

Verbandsnachrichten.

Vom 27. August ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Badenhausen 246, Rathenow 152,28, Oberhausen 68,42, etc.

Zur Statistik.

Einzelne Zahlstellen haben wesentlich weniger ausgefüllte Fragebogen eingehandt, wie sie Mitglieder haben. Wir ersuchen deshalb nochmals dringend, dafür Sorge zu tragen, daß die Bogen möglichst vollständig eingehen.

Zusammensetzung zur Erhebung von Extrabeiträgen.

Rönigsberg i. Pr. 5 Pf. pro Mitglied und Woche. Neue Adressen und Adressen-Veränderungen. E. W. Emil Weichelt, Lammstr. 4.

Zahlstelle Hannover-Linden.

Am 1. September haben die gewählten Kassierer ihre Tätigkeit begonnen. Die Beiträge werden also nicht Sonntags, sondern an Wochentagen abgeholt.

Zahlstelle Einbeck.

Sonntag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Bezirksstabe (Schulstr.)

Zahlstelle Söckel a. M.

Die Unterführungen werden vom 1. September nur noch Sonntags abends von 7-9 Uhr bei Nordmann ausgeführt.

Zahlstelle Köpenick.

Die Unterführungen werden vom 1. September nur noch Sonntags abends von 7-9 Uhr bei Nordmann ausgeführt.

Zahlstelle Moßlan und Umgegend.

Sonntag, den 15. September 1907, nachmittags 3 1/2 Uhr, in der 'Goldenen Krone'.

Öffentliche Versammlung.

Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Tagesordnung: Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und die freie Aussprache der Arbeiterzeitung über die Gewerkschaften.

Zahlstelle Lägerdorf.

Die gewählten Kassierer des Kollegen Gdr. Backhaus, geb. 21. 4. 69 in Lägerdorf, sind am 28. September abends 8 Uhr im Hotel 'Lägerdorf' erschienen.

Zahlstelle Schönebeck.

Sonntag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr: Grosses Sommer-Fest in Schönebeck.

Zahlstelle Lägerdorf.

Die gewählten Kassierer des Kollegen Gdr. Backhaus, geb. 21. 4. 69 in Lägerdorf, sind am 28. September abends 8 Uhr im Hotel 'Lägerdorf' erschienen.

Zahlstelle Schönebeck.

Sonntag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr: Grosses Sommer-Fest in Schönebeck.

Zahlstelle Lägerdorf.

Die gewählten Kassierer des Kollegen Gdr. Backhaus, geb. 21. 4. 69 in Lägerdorf, sind am 28. September abends 8 Uhr im Hotel 'Lägerdorf' erschienen.

Zahlstelle Schönebeck.

Sonntag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr: Grosses Sommer-Fest in Schönebeck.

Zahlstelle Königsberg in Ostpreußen.

Geschäftsführer, Herr ...

Zahlstelle Lägerdorf.

Grosses Sommer-Fest, Sonntag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr.

Zahlstelle Schönebeck.

Grosses Sommer-Fest, Sonntag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr.

Zahlstelle Lägerdorf.

Grosses Sommer-Fest, Sonntag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr.

Zahlstelle Schönebeck.

Grosses Sommer-Fest, Sonntag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr.

Zahlstelle Lägerdorf.

Grosses Sommer-Fest, Sonntag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr.

Zahlstelle Schönebeck.

Grosses Sommer-Fest, Sonntag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr.